



Antrag

der Fraktion der CDU

Ablehnung der Einführung einer Bürgerversicherung im Gesundheitswesen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Einführung einer Bürgerversicherung im Gesundheitswesen wird abgelehnt.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

sich dafür einzusetzen, dass nach den in Berlin vereinbarten Regelungen bezüglich einer Gesundheitsreform weitere langfristig wirkende Veränderungen des Gesundheitssystems in Angriff genommen werden.

Der Landtag fordert dazu auf, auf die Umsetzung u.a. folgender Inhalte hinzuwirken:

1. Im Mittelpunkt des Gesundheitswesens stand und steht die Patientin/der Patient.
2. Dass unabhängig von Alter, Geschlecht und Einkommen einem jeden Menschen eine qualitativ hochwertige und humane medizinische Versorgung zuteil wird, wobei versicherungsfremde Leistungen nicht mehr von den Beitragszahlern finanziert werden.
3. Wettbewerb und Transparenz müssen bestimmende Faktoren im Gesundheitssystem werden.
4. Dazu beizutragen, dass die Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte von Patienten und Versicherten, vor allem in den Selbstverwaltungsgremien der Krankenkassen, gestärkt werden.
5. Den Abbau des Ärzte- und Pflegekräftemangels als wichtiges gesundheitspolitisches Ziel anzusehen und Maßnahmen zur Änderung zu unterstützen.
6. Die Einbeziehung der Sozialhilfeempfänger in die gesetzliche Krankenversicherung zu befürworten.

Werner Kalinka
und Fraktion